AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ 3. Dezember 2019

Siemens: Kaesers Abgang – mit der Zerschlagung des Konzerns geht es weiter 2
Océ: Ein „blühender Betrieb" – für wen?..... 3
IGM-Gewerkschaftstag: Politischer Streik und Verbot der Leiharbeit abgelehnt? 4
SPD: Weiter so oder Umkehr? 6
CDU: Annegret Kramp-Karrenbauer auf Kriegskurs 8

Einvernehmliche Vernichtung tausender Arbeitsplätze!

„Audi.Zukunft"? 9.500 Arbeitsplätze sollen bis zum Jahr 2025 abgebaut werden – natürlich „sozialverträglich". 15 Milliarden Euro sollen so eingespart werden.

Peter Mosch, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Audi AG, meint: „Wir haben einen wichtigen Meilenstein erreicht: Die Arbeitsplätze der Stammbelegschaft sind sicher." Und dabei hatte man, mit der am 26. November bekannt gewordenen Vereinbarung zwischen Audi-Kapital und Betriebsrat, gerade eben nicht weniger als dem Abbau von 9.500 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2025 zugestimmt. Und auch die VKL spricht lieber von „geplanten Personalanpassungen", die natürlich „sozialverträglich" ablaufen sollen, anstatt von dem was ist, nämlich der tausendfachen Vernichtung von Arbeitsplätzen, (IG Metall aktiv bei Audi, Facebook-Post vom 26.9.) „ohne große Proteste, Demonstrationen und rote Fahnen vor den Werkstoren", wie selbst die Süddeutsche Zeitung (27. November 2019) erstaunt feststellt.

Insgesamt 15 Milliarden will der Vorstand bis zum Jahr 2022 aus den Arbeitern herauspressen, um Audi wieder „profitabler" zu machen. „Mit entschlossenen Maßnahmen kommen wir diesem Ziel näher." So Schot. (Süddeutsche Zeitung, 29.10.2019) Was ist, wenn es im Rahmen solcher „entschlossenen Maßnahmen" dann nach 2025 doch noch mal ein paar tausend Arbeitsplätze mehr sein sollen, die der „Personalanpassung" „sozialverträglich" zum Opfer fallen müssen? Wenn das Audi-Kapital dann der Meinung ist, dass die Fabriken in Ingolstadt und Neckarsulm immer noch nicht genügend Profit abwerfen? Sollen dann die Belegschaften immer noch ruhig bleiben und darauf warten, was am Verhandlungstisch rauskommt?

Als angeblich großer Erfolg wird von Seiten der VKL und des Betriebsrats die Verlängerung der Beschäftigungsgarantie bis zum Jahr 2029 dargestellt. Ein Zugeständnis an die IG Metall, welches das Kapital nicht daran hindern wird, auch nach 2025 weiter Arbeitsplätze abzubauen. Denn, so Wendelin Göbel, Mitglied des Audi Vorstandes, auf der letzten Betriebsversammlung in Ingolstadt, es ist gar nicht notwendig, dafür eine bestehende Beschäftigungsgarantie in Frage zu stellen. Ein Zugeständnis, das den Kapitalisten also auch nicht weh tut. Ein Strohhalm, an den sich die Kolleginnen und Kollegen klammern sollen, der sie davon ablenken soll, dass der Abbau von 9.500 Arbeitsplätzen erst der Anfang dessen ist, was im Zuge der „Transformation" (der Umstellung auf Elektromobilität und Digitalisierung)

Lesen Sie weiter auf Seite 2 ➡

Fortsetzung von Seite 2

Einvernehmliche Vernichtung tausender Arbeitsplätze!

alles noch kommt. Was Beschäftigungsgarantien seitens der Kapitalisten letztlich wert sind, wenn es darauf ankommt, dass hat die Arbeiterklasse in diesem Land oft bitter erfahren müssen: Sie sind den Fetzen Papier nicht wert, auf dem sie stehen!

Ein gutes Verhandlungsergebnis? Für die Kapitalisten, nicht für die Arbeiter!

Die Betriebsräte bei Audi, aus Ingolstadt und Neckarsulm, erklärten in einer gemeinsamen Resolution vom März 2019, dass sie eine „Umstrukturierung alleine auf Kosten der Beschäftigten“ nicht mittragen werden. Ja, aus wessen Knochen sollen die 15 Milliarden Einsparungen denn sonst herausgepresst werden? Meinen sie vielleicht mit Verhandlungen die Kapitalisten dazu bewegen zu können, dass sie sie nicht bei den Arbeitern, sondern bei sich einsparen? Auf Kosten des Profits, um den es doch ständig geht? Das was jetzt im Rahmen von „Audi.Zukunft“ mit dem Kapital vereinbart wurde, geht jedenfalls ausschließlich auf Kosten der Arbeiter! Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass sich ein Sprecher der Kapitalseite gegenüber der Presse wie folgt äußerte: „Wir haben einen guten Abschluss gefunden.“ (Donaukurier, 27. November 2019)

Kampf der IG Metall statt „Zukunftsvereinbarung“

X-mal schon mussten die Arbeiterinnen und Arbeiter feststellen, dass Zugeständnisse an das Kapital – Vernichtung von Arbeitsplätzen, längere Arbeitszeiten, Lohnkürzungen – letztendlich keine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindert haben. Die Erfahrungen in diesem System haben uns also oft genug gelehrt, dass die sozialpartnerschaftliche Illusion von sicheren Arbeitsplätzen an der Realität, am Drang des Kapitals nach maximalem Profit immer wieder zerschellt.

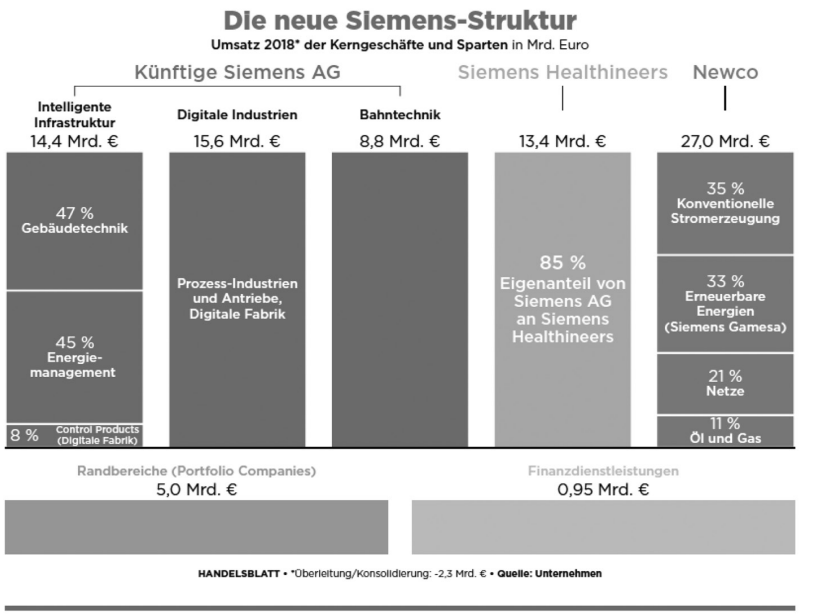
Parolen, wie die von der vermeintlichen Sicherung der Arbeitsplätze durch von den Betriebsräten mit dem Kapital ausgehandelte „Zukunftsvereinbarungen“, wie sie jetzt von der bayerischen IG Metall-Spitze gefordert werden, zeigen, dass die Führung der IG Metall offensichtlich nicht gewillt ist, aus diesen Erfahrungen zu lernen und endlich das zu tun, was notwendig ist: die Kolleginnen und Kollegen, die gesamte IG Metall zum Kampf gegen die „Transformation“ der Kapitalisten zu mobilisieren. Also müssen wir, die Arbeiterinnen und Arbeiter, um diese Fragen im Betrieb und in der Gewerkschaft die Auseinandersetzung führen und einfordern, dass der Kampf organisiert wird. Denn wenn uns das Kapital mit der Vernichtung, mit der Weg-Transformierung unserer Arbeitsplätze bedroht, werden die jetzt vereinbarten 9.500 erst der Anfang sein. Dann kann es von Seiten unserer Gewerkschaft, der IG Metall, eigentlich nur eine Antwort darauf geben: STREIK!

Nutzen wir die nächsten Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen, um Kolleginnen und Kollegen zu wählen, die dafür einstehen. *ma*

Kaesers Abgang

Mit der Zerschlagung des Siemens-Konzerns bereitet Vorstandschef Kaeser seinen Abgang für 2021 vor. Die Energiesparte geht an die Börse. Sie bringt 40 Prozent des Umsatzes. Unter dem Namen „Powerhouse“ (auch „Newco“) werden 88.000 Kolleginnen und Kollegen ausgelagert.

Die erste Abspaltung vom Konzern in Kaesers Verantwortung war 2017 die Medizintechnik, an der die Siemens AG nach wie vor 85 Prozent hält. Was nun bleibt, ist Kern-Siemens mit den Bereichen Infrastruktur, Digitale Fabrik und Bahntechnik. Ist die Zerschlagung ein Geniestreich eines Ausnahmemanagers oder das konsequente Befolgen der Profitgesetze des Monopolkapitalismus?



© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Kaeser hat vom Erzrivalen General Electric gelernt. Der US-Konzern hat sich mit teuren Zukäufen und schierer Größe übernommen – von der Glühbirne bis zum Düsentriebwerk – und ist mittlerweile an der US-Börse rausgeflogen. Kaeser hat den 173jährigen Industriedampfer Siemens in kleine selbständige Einheiten aufgeteilt. Dabei sind weltweit Tausende Arbeitsplätze weggefallen. O-Ton Kaeser: Jeder Teil ist mehr wert als die Summe. Der Börsenwert ist dabei ausschlaggebend. Der Siemens-Chef spekuliert auf frisches Geld und folgt damit dem weltweiten Wandel des Monopolkapitalismus. Für das überaus angehäufte Kapital suchen die Banken schnelle Verwertungsmöglichkeiten.

Kaesers Devise ist: „Schneller werden, nicht größer!“ (Handelsblatt, 20. September 2019) Und er bleibt bei maritimen Vergleichen, wenn er „Schnellboote statt Tanker“ verlangt.

Vorbei sind die Zeiten, als der Siemens-Chef Kaske 1988 tönte: „Wir werden jedes Schiff entern, das vorbeikommt!“ Vorbei auch die Zeit jenes schwerfälligen Siemens-Tankers, als ein schwächelnder Bereich von den anderen mitgezogen wurde. Was den Kollegen recht war. Sie wähnten sich noch behütet im Hause Siemens.

Der Energiebereich mit seiner Belegschaft, der größte der nunmehr drei Siemens-Konzerne, wird nun den Börsenhaien ausgeliefert. (Siehe Grafik) Wobei das größte Aktienpaket bei der Familie Siemens bleibt. Was anheimelnd klingt, aber nicht minder gefährlich ist. Auch sie muss wie jeder Kapitalist auf den Profit schauen. Das Schnellboot „Powerhouse“ kann schneller den Zwängen des Marktes folgen. Und kann schneller nichtprofitable Bereiche abstoßen. Die Gefahr, dabei über Bord zu gehen, wird für die Belegschaften größer.

Was machen unsere Vertretungsorgane? Da muss gemeldet werden, dass der Gesamtbetriebsrat und die IG Metall-Vertreter im Aufsichtsrat dem Kaeser-Plan zugestimmt haben. Sie haben sich wohl einlullen lassen von Kaesers Idee des „inklusiven Kapitalismus“, mit dem er die Spaltung der Gesellschaft zwischen „Arm und Reich“ überwinden will. Die profitträchtige Zerschlagung des Siemens-Konzerns verspricht allerdings das Gegenteil. ■*krn*

Bei einem Betriebsübergang können Unternehmer und Betriebsrat einen so genannten Interessenausgleich vereinbaren (§111 BetrVG). Dabei wird scheinbar das Profitinteresse des Kapitals und das existentielle Interesse der Kollegen ausgeglichen. Bei der Energiesparte Gas & Power sieht das so aus: Bis September 2021 sollen 1.130 abgebaut werden. Betroffen sind Erlangen, Berlin, Dresden und Nürnberg. Es gibt „Turboprämien“ und vorgezogene Altersteilzeit. Laut Betriebsrat sind die Vereinbarungen „weit besser als üblich“. Die interne Siemens-Regelung zur Arbeitsplatzsicherung, auch bekannt als „Radolfzell“, wird allerdings „nach dem Börsengang“ neu verhandelt. In allen betroffenen Standorten hatten im September 1.500 Kolleginnen und Kollegen an Protestkundgebungen teilgenommen. (www.siemens-dialog.de)

Ein „blühender Betrieb“?

Der gleichnamige Preis des bayerischen Umweltministeriums wurde vor einem Jahr dem Océ-Werk in Poing verliehen.

Ausgezeichnet wurde damit, dass die Rasenflächen nicht mehr abgemäht werden, was Zufluchtraum für Insekten bedeutet. Dazu gibt es ein grünes Dach am Bürogebäude, Imker stellen ihre Bienenstöcke auf – eine grüne Idylle.

Weniger anheimelnd ist, dass die Zeiterfassung seit kurzem praktisch bis an den Arbeitsplatz herangerückt ist. Eine Unternehmenskultur vom Anfang des 20. Jahrhunderts: Nun soll jeder einzelne Gang in die Cafeteria oder auf eine Zigarette erfasst werden. So also möchten die Océ/Canon-„Hitec“-Bosse mit dieser und weiteren Reglementierungen ihre Profite auch bei rückgängiger Auftragslage und nach einigen Fehlentscheidungen wieder zum Blühen bringen, während seit 14 Jahren bereits eine bis auf einen mittlerweile gewinnabhängig gewährten Bonus unbezahlt um drei Stunden erhöhte Wochenarbeitszeit gilt und das dem derzeitigen Tarif gemäße Zusatzgeld dieses Jahr halbiert war und für nächstes Jahr auf 150 Euro (von knapp 400 Euro plus gut ein Viertel Monatslohn im Flächentarif) gesetzt ist. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund anhaltenden Personalabbaus per „Freiwilligen“-Abfindungsregelungen und Leiharbeiter-„Abmeldungen“ sind das weiterhin blühende Aussichten – nur: für wen?! ■*krn*

Kurz & bündig

Lithium für die Konzerne: Der sozialistische Präsident Boliviens, Evo Morales, wurde durch einen Militärputsch gestürzt. Das Land wird von rassistischen Ausschreitungen überzogen, Gewerkschafter werden verfolgt. Morales war der erste Präsident in Lateinamerika mit indigener Abstammung. Er hat die Bodenschätze nationalisiert und begonnen, die Armut zu bekämpfen. In Bolivien finden sich die größten Lithiumvorkommen der Welt. Das ist ein wichtiger Rohstoff für die Batterienherstellung, vom Smartphone bis zum Elektro-SUV.

„Bayern, Batterie und BMW“: Das sei die „neue Dreifaltigkeit“, predigte Söder, CSU, bei der Eröffnung des „Batteriekompetenzzentrums“ von BMW. 200 Millionen Euro wurden dafür im Münchner Norden investiert. Vorstandsvorsitzender Zipse bezeichnete die Erforschung der Komponenten als „kriegsentscheidend“ gegenüber den Wettbewerbern. Gefertigt werden die Batterien allerdings bei Samsung. Die Rohstoffe Kobalt und Lithium kauft BMW selber ein. (Süddeutsche Zeitung, 15. November 2019) Die neue Militärregierung Boliviens lässt grüßen.

„Electric first“ ist Lohnabbau! Das ist Daimlers neue Brachial-Strategie. Die Flotte des Autokonzerns soll umgebaut werden. Vorstands-Chef Källenius – „Electric first“ – will bei den Personalkosten bis 2022 1,4 Milliarden Euro einsparen. (Süddeutsche Zeitung, 15. November 2019) Er verlangt von den Kollegen bei Daimler, auf die nächste Tariferhöhung 2020 zu verzichten!
Die Konzerchefs von VW, Audi oder BMW werden diese Forderung übernehmen, alleine aus Konkurrenzgründen. 125.000 Arbeitsplätze sollen bei der so genannten Transformation der Autoindustrie verloren gehen. Die von Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeiter werden erpresst werden, für weniger Lohn zu arbeiten.
Daimler ist von den deutschen Autokonzernen der derzeit Schwächste, die Aktionäre sind aufgeschreckt nach zwei Gewinnwarnungen. Es wundert nicht, dass der Konzern mit dem Stern den Vorreiter macht beim Lohnraub.
Die Kollegen in der IG Metall müssen sich in der nächsten Tarifrunde auf einen massiven Angriff des Automobilkapitals in allen Bezirken vorbereiten! ■*krn*

AufDraht
Herausgeber:
DKP München und Gruppe KAZ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: Auf.Draht@gmx.de
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Eine Bittschrift an die Kanzlerin

In einem gemeinsamen Brief haben der Betriebsrat bei Audi, die Ingolstädter IG-Metall-Spitze und der Oberbürgermeister ihre Sorge um die Arbeitsplätze zum Ausdruck gebracht und um Hilfe gebeten.

Konkret geht es dabei unter anderem darum, ein von der IG Metall gefordertes Transformations-Kurzarbeitergeld einzuführen und verstärkt in den Industriestandort Ingolstadt zu investieren.

Die Idee hinter dem Transformations-Kurzarbeitergeld (Transformations-KuG) ist folgende: Die Veränderungen in der Metall- und Elektroindustrie (Digitalisierung, Elektromobilität) werden nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsplätze vonstatten gehen. Statt Entlassungen soll es Kurzarbeit geben, die dazu genutzt wird, die Beschäftigten zu qualifizieren.

In der Stellungnahme „Darum brauchen wir das Transformations-Kurzarbeitergeld“ erklärt die IG Metall dazu: „In solchen Lagen soll das Transformations-KuG eine Brücke bauen. Es verhindert Entlassungen und minimiert die Entgeltverluste der Beschäftigten während des Arbeitsausfalls. (…) Nach dem Transformationsprozess können die Beschäftigten mit neuen Fertigkeiten weiterbeschäftigt werden.“

Rückblick auf den Gewerkschaftstag der IG Metall

Politischer Streik und ein Verbot der Leiharbeit werden abgelehnt!

Zum Antrag „politischer Streik“ der Geschäftsstelle Ingolstadt ließ der IG Metall-Vorstand die Antragsberatungskommission (ABK) feststellen: „Dieser Antrag fordert im Kern eine umfassende, gesetzliche Verankerung des Streikrechts, einhergehend mit einer Ausweitung hin zum Recht auf politischen Streik. Wir empfehlen, den Antrag abzulehnen (...) Eine gesetzliche Verankerung des Streikrechts hat die IG Metall bislang aufgrund der historischen Erfahrungen in Deutschland insbesondere deshalb abgelehnt, um nicht von wechselnden politischen Mehrheiten abhängig zu sein. Sobald das Streikrecht in Verfassung oder Gesetz geregelt wird, ermöglicht das dem Gesetzgeber grundsätzlich die weitere Ausgestaltung und somit auch – wenn er das möchte – die Einschränkung.“

Geht es nach dieser Aussage, könnten wir für die Durchsetzung einer uns nützlichen gesetzlichen Regelung – gesetzliche 35-Std.-Woche, Lohnfortzahlung, Urlaub usw. – nie kämpfen. Die Regierung versucht ständig, uns erkämpfte Rechte wieder zu streichen. Dann kommt es, wie wir wissen, auf das Kräfteverhältnis der kämpfenden Parteien an. Ob wir bereit sind, für die Durchsetzung unserer Forderungen zu streiken oder nicht.

Zur Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Leiharbeit der IG-Metall-Geschäftsstelle Schwäbisch Hall (Antrag E3.090) hat die ABK festgestellt: „Der Antrag positioniert sich eindeutig gegen jede Form von prekärer und atypischer Beschäftigung wie Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit. Die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot atypischer Arbeitsverhältnisse ist teilweise nicht realisierbar und damit abzulehnen. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Verbot von Leiharbeit für unzulässig erklärt. Diese kategorische Ablehnung, dass eben Leiharbeit gesetzlich verboten werden soll, den Weg können wir nicht mitgehen.“

Wer diesen Weg nicht mitgehen kann, geht allerdings den Weg des Kapitals mit. Spaltung der Arbeiterklasse, der Belegschaften in Stamm-, Leih-, Werkvertragsarbeiter, Dumpinglöhne, die damit verbundene Entrechtung usw. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), die Leiharbeit bzw. der Sklavenhandel, wie es in den Betrieben immer noch heißt, ist und bleibt ein gegen die Arbeiterklasse gerichtetes Kampfinstrument des Kapitals. Es schwächt unsere Kampfkraft und muss verboten werden. Dafür muss der Kampf wie ebenso für den politischen Streik in Betrieben und Gewerkschaften nach wie vor diskutiert und organisiert werden. ■*LJ*

Der Lohnausfall während der Kurzarbeit soll auch beim Transformations-KuG zu 60 Prozent von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Kurzarbeit statt Arbeitslosigkeit. Das klingt erst einmal doch gar nicht schlecht. Es heißt aber nichts anderes, als dass die Arbeiterklasse und nicht das Kapital, das die Arbeitsplätze bedroht, zahlen soll. Denn das Kurzarbeitergeld wird aus unserer Arbeitslosenversicherung bezahlt.

Nun könnte man hier einwenden, dass es zwar schon etwas doof sei, wenn die Arbeiterklasse selbst, durch das, was ihr der Staat der Kapitalisten vom Lohn abzieht, ihr Auskommen bezahlen muss, aber immerhin doch hinnehmbar, wenn dadurch Arbeitslosigkeit in größerem Stil verhindert werden könnte. Doch diese sozialpartnerschaftlichen Wünsche werden nicht aufgehen. Wir haben bereits darüber berichtet, dass alleine in der Automobilindustrie im Zuge der „Transformation“ mindestens 125.000 Arbeitsplätze im Feuer stehen werden. Alleine bei Audi 9.500. Daran wird auch ein „Transformations-Kurzarbeitergeld“ nichts ändern.

Digitalisierung – ein Rationalisierungsprogramm

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht die Dinge etwas klarer als andere Vorstandsmitglieder. Und so warnt er davor, immerzu von der „Gestaltung“ der „Transformation“ zu sprechen, weil dadurch ausgeblendet wird, dass wenig dafür spricht, dass die anstehenden Veränderungen im sozialpartnerschaftlichen Konsens über die Bühne gehen werden. Im Kern handele es sich letztlich um ein Rationalisierungsprogramm. (Neues Deutschland, 2. Oktober 2019)

Urban hat recht. Bei den bevorstehenden Umstrukturierungsprozessen in der Metall- und Elektroindustrie geht es vor allem um kapitalistische Rationalisierung. D.h. es geht um die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und um die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse, indem z. B. bestehende Arbeitsschutzgesetze wie das Arbeitszeitgesetz aufgeweicht und der 8-Stunden-Tag aufgehoben werden sollen.

Die Vorstellung der IGM-Führung, dass die anstehenden Umbrüche in der Metall- und Elektroindustrie ohne größere Arbeitsplatzverluste ablaufen könnten, wenn man vor den Kapitalisten nur tief genug im Staub kriecht, soll uns Sand in die Augen streuen und uns letztlich nur vom Kampf gegen das Kapital abhalten! Statt sich Illusionen darüber zu machen, dass es im Kapitalismus doch irgendwie sichere Arbeitsplätze geben könne, wenn man dem Kapital eine „Brücke“ baut, sollten wir uns lieber an dem orientieren, was Kollege Urban in seiner Rede auf dem Gewerkschaftstag im Oktober in Nürnberg sagte: „Wir leben heute in einem globalen Kapitalismus, der die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen spaltet. (…) Die Überwindung dieses Modells ist zur Überlebensfrage der Menschheit geworden.“ (junge Welt, 9. Oktober 2019)

Und der erste Schritt dazu ist, zu begreifen, worum es im Zuge der sog. „Transformation“ letztlich geht: Hans-Jürgen Urban formuliert in seinem Buch „Gute Arbeit in der Transformation“ richtig, dass es eine „Machtfrage“ zwischen Kapital und Arbeit ist, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen wird. Fordern wir also von unserer Gewerkschaftsführung, dass sie von der Macht, die unsere Gewerkschaften hätten, auch Gebrauch macht. Und das kann nur heißen: Urabstimmung und Streik gegen die bevorstehende Vernichtung der Arbeitsplätze statt Bittschriften an eine Kanzlerin, die keine Kanzlerin der Arbeiter, sondern eine Kanzlerin der Kapitalisten ist! ■*ma*

Gruppenabende der DKP

Gruppe Nord-West Egelhofer
4. Dezember | 19 Uhr

Gruppe Süd-Ost Olga Benario
11. Dezember | 19 Uhr

Gruppe Nord-West Egelhofer
18. Dezember | 19 Uhr

Spielenachmittag

Ob Pandemie oder Kniffel, Schafkopf oder HalliGalli, Siedler oder MauMau, ganz egal. Packt eure Freunde ein und bringt euer Lieblingsspiel mit oder lasst euch überraschen, was wir so da haben. Wir freuen uns auf euch!

15. Dezember | 19. Januarr
immer 16 bis 20 Uhr

KommTreff | Holzapfelstr. 3 | 80339 München

Mit einer kämpferischen Kundgebung vor der Geschäftsstelle der Städtischen München Klinik (MÜC) machten die Kolleginnen und Kollegen Anfang November deutlich: Auch wir wollen monatlich die München-Zulage von 270 Euro – und zwar ganz! Damit stellten sie vor Verhandlungen klar: Wir sind keine Beschäftigten II. Klasse. Wir haben es verdient! Mit dabei die Azubis, die für sich eine Gleichbehandlung einforderten!

Weiter so oder Umkehr?

Die SPD wählt am kommenden Wochenende ein Vorsitzendenpaar.

Im März 2017 übernahm Martin Schulz das Amt des Parteivorsitzenden der SPD von Sigmar Gabriel. 100 Prozent Zustimmung gab es von den Delegierten. Sein Vorgänger Gabriel verabschiedete sich von den Delegierten mit Wehmut, aber auch mit Zuversicht. „Es dürfte der fröhlichste und optimistische Übergang zu einem neuen Parteivorsitz sein, den unsere Partei so in den letzten Jahrzehnten erlebt hat“, sagte der 57-Jährige. Er sprach sich klar gegen eine Fortsetzung der großen Koalition nach der Bundestagswahl aus. „Jetzt wollen die Menschen einen neuen Aufbruch.“ Nur mit einem Wechsel zu Schulz an der Parteispitze sei dieser Aufbruch glaubwürdig zu vollziehen.

Als die Wahl im September 2017 dann vorbei war, lag die aufgebrochene SPD am Boden: 20,5 Prozent der Zweitstimmen und damit 5,2 Prozent weniger im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl. Nach wochenlangem Geschacher ließ die FDP die Koalitionsgespräche mit der CDU/CSU und den Grünen platzen, vorbei war es mit Jamaika. Macht nichts, die SPD sprang mal wieder ein und betätigte sich als Steigbügelhalter einer weiteren CDU/CSU-Regierung. Obwohl der Kanzlerkandidat Martin Schulz großmäulig verkündete, mit ihm werde es keine weitere Große Koalition geben. Nun, dann muss er halt weg, der Schulz, und weg war er, der große Hoffnungsträger der SPD-Basis. Steinmeier, als Bundespräsident ganz Staatsmann, schmiedete die erneute schwarz-rote Regierung.

Um der widerspenstigen SPD-Basis die erneute Große Koalition schmackhaft zu machen, wurde eine „Halbzeitbilanz“ vereinbart und von deren Ergebnis die Weiterführung abhängig gemacht. Im November war es so weit, und, welch ein Wunder, die Halbzeitbilanz ist positiv. Gemeinsam habe man „viel erreicht und umgesetzt“, und es bleibe „auch noch viel zu tun“, wie es in der Einleitung der veröffentlichten 83-seitigen Halbzeitbilanz der Bundesregierung heißt. Das Dokument listet alle Vorhaben auf, die bis heute vom Kabinett beschlossen wurden, als Gesetz in Kraft getreten sind oder demnächst umgesetzt werden sollen. Carsten Schneider, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, erklärt, die Fraktion sei „Pi mal Daumen“ zu „90 Prozent“ mit dem zufrieden, „was wir bisher gemacht haben“. Er sei „stolz“ auf die Bilanz.

Als ihren großen Wurf feierte die SPD-Führung die Einigung bei der Grundrente. Die „Halbzeitbilanz“ sei durch die Einigung „richtig gut abgerundet worden“, freute sich die kommissarische Parteichefin Malu Dreyer und schwadronierte von einem „sozialpolitischen Meilenstein“. Tatsächlich? Die Maßnahme ist in Wahrheit weit von einer wirklichen Grundrente entfernt, die ihren Namen verdienen würde. Die Koalition verfährt nach dem Prinzip „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Das hochgelobte soziale Projekt darf nichts kosten (siehe auch Kasten). Denn Geld will die Große Koalition unter Beteiligung der SPD für andere Dinge ausgeben. Zum Beispiel steigen die Ausgaben für Bundeswehr und Aufrüstung auf 73 Milliarden Euro. Weitere 10 Milliarden sollen Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden, die in „Digitalisierung“ und „Klimatechnik“ investieren wollen.

84,1 Prozent der Deutschen halten Niedriglöhne für ungerecht.[1] 87 Prozent sehen in der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ein „Problem für die Gesellschaft“, 57 Prozent bezweifeln, dass „das Prinzip des sozialen Ausgleichs in Deutschland heute noch funktioniert“. Dass man mit der „Privatisierung öffentlicher Leistungen“ zu weit gegangen ist, sagen 78 Prozent.[2] 83 Prozent befürchten einen sozialen Abstieg, zwei Drittel wissen ganz genau, dass „sehr Reiche in Deutschland ihren Wohlstand in der Regel“ nicht „verdient haben“. 94 Prozent denken solidarisch, wie das deutliche „Nein“ auf die Bemerkung „eine Gesellschaft“ funktioniert „am besten (…) wenn jeder zuerst an sich selbst denkt“ zeigt.[3]

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wo der Schuh drückt. Anstatt sozialpolitische Flickschusterei zu betreiben, sollte sich die SPD doch mal grundsätzlicher den Problemen zuwenden. Wie wäre es mit einem Mindestlohn, der zum Leben reicht. Wie wäre es mit einer gesetzlichen Einschränkung des Arbeitstages auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich. Wie wäre es mit der Abschaffung der unsäglichen Hartz-IV-Gesetze. Alle diese Maßnahmen würden auch der Rentenkasse zugutekommen. Gehen wird das natürlich nur, wenn man den Pakt mit den Unternehmern aufkündigt.

Zu hoffen und zu wünschen ist, dass die SPD auf dem am kommenden Wochenende in Berlin stattfindenden Parteitag die Wende schafft. Das sie sich wieder auf die Sorgen und Nöte der werktätigen Menschen besinnt:

- Für ein Verbot der Leiharbeit.
- Für einen Mindestlohn, der zum Leben reicht.
- Für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche.

■*RW*

1 Nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW
2 Repräsentative Umfrage im Oktober 2019, Quelle Forsa/Forum New Economy
3 ebda

Rentenpolitische Halbzeitbilanz I:
Die jetzigen Renten sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik aller Regierungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Das Rentenniveau sinkt seit Ende der 1970er Jahre kontinuierlich, ein Prozess, der sich seit der rot-grünen Koalition unter Schröder und Fischer (1999–2005) rapide beschleunigt hat. Mit ihrer Agenda-Politik von Liberalisierung, Privatisierung und Hartz-Gesetzen hatte diese Regierung damals die Schleusen für Niedriglohnarbeit und ungesicherte, prekäre Arbeitsverhältnisse geöffnet. Dies trug erheblich zur Zerstörung des Rentenniveaus bei.

Positive Halbzeitbilanz?
Was soll positiv daran sein, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion nicht entschieden gegen das Treiben des CSU-Innenministers Seehofer gestellt hat, sondern dessen Gesetzesverschärfungen gegen Asylsuchende auch noch mit beschlossen hat? Was soll z.B. an dem sog. „Geordnete-Rückkehr-Gesetz" sozial oder demokratisch sein, das Sicherungshaft ohne jede Straftat möglich macht oder Asylsuchende unter Androhung von Hunger und Obdachlosigkeit zur Ausreise zwingen will? So beteiligt sich auch die SPD an der Verschiebung des politischen Klimas nach rechts. Und diese Verschiebung ist eine Ermunterung für all jene rassistischen und faschistischen Kräfte, die u.a. eine SPD-Bürgermeisterin so lange belästigen und bedrohen, bis diese keine Kraft mehr hat und aufgibt, wie kürzlich geschehen.

Keine Arbeit, keine Wohnung, Betteln oder Flaschen sammeln – das ist die Bilanz des von der SPD mitgetragenen Sozialabbaus seit 1998.

Rentenpolitische Halbzeitbilanz II: Wie die kommissarische SPD-Vorsitzende Malu Dreyer vorrechnete, könnten in den Genuss der neuen „Grundrente" ab dem 1. Januar 2021 bis zu 1,5 Millionen Menschen kommen. Dafür kalkuliert die Regierung Mehrkosten von einer bis 1,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln ein. Nach Adam Riese wären das pro Person rund tausend Euro im Jahr. Das ist im Monat gerade mal ein Plus von rund 80 Euro – also der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.
Wer wird nun ab dem 1. Januar 2021 von der Grundrente profitieren? Die Bedingung dafür ist, dass man mindestens 35 Jahre in einem versicherungspflichtigen Job gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat. In unheilvoller Weise orientiert sich Arbeitsminister Heils Konzept an der „Lebensleistung" und nicht etwa an der Bedürftigkeit der Empfänger. Das schließt von vorneherein diejenigen aus, die in ihrem ganzen Arbeitsleben auf dem Minijob-Niveau gearbeitet und deshalb zu geringe oder keine Beiträge eingezahlt haben. Von der Grundrente können auch diejenigen nicht profitieren, die zwar im Alter arm sind, aber weniger als 35 Beitragsjahre aufweisen.
Im Ergebnis beläuft sich die Rente in Deutschland heute offiziell nur noch auf die Hälfte des Netto-Einkommens (50,5 Prozent) – ein Wert, der weit unter dem OECD-Durchschnitt (70,6 Prozent) liegt. Die Deutsche Rentenversicherung geht sogar von noch niedrigeren Werten aus: Ihr zufolge haben die Rentner heute noch 45,0 Prozent ihres vorherigen Verdienstes zum Leben. In absoluten Zahlen beziehen laut Rentenversicherung in Westdeutschland fast 35 Prozent aller Männer 900 Euro oder weniger an Monatsrente. Bei den Frauen sind es sogar fast 77 Prozent, also mehr als drei Viertel aller Rentnerinnen, die ihren Ruhestand mit 900 Euro oder weniger bestreiten müssen.

❏ ***Ich will die Auf Draht gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!***
❏ ***Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***
❏ ***Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***

Vorname und Name ***Tel.:***

Straße, Postleitzahl und Wohnort ***eMail:***

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

DIE sind nicht das Volk!

Am 9. November war an der Paul-Heyse-Straße fast ein halbes Fussballfeld umzäunt für die „Pegida“. Nur ein erbärmliches Häuflein war zu sehen. Auf einem Bildschirm flimmerten pausenlos antisemitische Videos. Die zahlreich anwesende Polizei schritt nicht ein dagegen. Das Kreisverwaltungsreferat hatte nicht den Mumm gehabt, dieses grausliche Spektakel zu verbieten. Es hat die Lehren von Halle nicht gehört.
Diese Provokation von Neonazis und NSU-Sympathisanten sollte dem Kongress von Antifaschisten gelten, der im nahen DGB-Haus an dem Wochenende stattfand.
Die Gewerkschaft Verdi und das Bündnis „München ist bunt“ haben vorsorglich den Straßenzug vor dem Haus für eine Dauerkundgebung angemeldet, 38 Stunden lang. Hunderte Kolleginnen und Kollegen waren gekommen, um ihre Wut auszudrücken: jung und alt, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und viele andere Antifaschisten. Um zu zeigen, die Nazis haben auf der Straße nichts zu suchen – und am 9. November schon gleich gar nicht! An diesem Tag im Jahr 1938 hatte in München die Reichspogromnacht begonnen, von den Nazis an der Macht ausgerufen. Bis zu 800 jüdische Bürger in ganz Deutschland wurden ermordet, mehrere Zehntausend wurden in die KZ verschleppt. Es war der Beginn des größten Menschheitsverbrechens aller Zeiten. ■*krn*

Säbelrasseln

Es hilft nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Die Herrschaften meinen es ernst.

Nach der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Staat versicherte der damalige Kanzler Kohl der misstrauischen Welt, von diesem nun größeren Deutschland werde „nur Frieden ausgehen“. Fast 30 Jahre später erklärt die Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer, Deutschland müsse zukünftig „offen damit umgehen, dass wir – so wie jedes andere Land dieser Welt – eigene strategische Interessen haben“. Die Bundesrepublik sei wie kein anderes Land darauf angewiesen, dass es „offene Handelswege“ gebe. Und diese müssen eben notfalls auch militärisch durchgesetzt werden.

Nun steht bereits seit 1993 in den sogenannten Weißbüchern der Bundeswehr, dass diese auch strategische Interessen der BRD „verteidigen“ soll, und das bedeutet zuallererst im Interesse der Monopole Absatzmärkte für Waren und Kapital und ungehinderten Zugang zu den benötigten Rohstoffen notfalls auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten. Doch wer liest schon Bundeswehrweißbücher? Auch ist die Bundeswehr längst mit über 3.000 Soldaten im Rahmen von EU-, Nato- oder internationalen Militäraktionen im Ausland aktiv – vom Kosovo über Afghanistan bis hin zum afrikanischen Kontinent. Dass von der BRD „nur Frieden ausgehe“, können also seit langem schon nur diejenigen behaupten, die der offiziellen Propaganda glauben: Der Einsatz der Bundeswehr diene dem Schutz von Demokratie und Menschenrecht, sichere den Frieden.

Wie jedes andere Land?

All das reicht offensichtlich nicht in diesen krisenhaften Zeiten, weshalb die Kriegsministerin nun offen verkündet, dass es um die strategischen Interessen der BRD geht – dieses Staats der Siemens und Quandts, von BASF, ThyssenKrupp oder Deutsche Bank. Und diese strategischen Interessen sind weltweite. So spricht Kramp-Karrenbauer an der Bundeswehrhochschule vor ihrem Publikum in Uniform auch gleich noch Bundeswehreinsätze im Indopazifik an, also weit weg von hier und nahe bei der VR China. Eine neue Qualität hat zudem, dass sie mit ihren Aussagen offen die Geschichte entsorgt. „So wie jedes andere Land dieser Welt“ habe Deutschland strategische Interessen – das heißt nichts anderes, als endlich Schluss zu machen mit der auferlegten militärischen Zurückhaltung aufgrund der besonderen deutschen Geschichte. Und diese bedeutet, dass eben nicht „jedes Land“, sondern nur ein einziges es war, das zwei Weltkriege anzettelte, einer verbrecherischer als der andere. Die Kriegsministerin und ihre Einflüsterer in den Konzernetagen sind offensichtlich der Meinung, es sich nun wieder leisten zu können, unbehindert davon offen ihre strategischen Interessen anzumelden.

Dem Krieg entwöhnt

Doch Kramp-Karrenbauer erklärt auch noch weiteres Ungeheuerliches. In der Bevölkerung stelle sie „eine gewisse Entwöhnung“ zu solchen Fragen fest, die rückgängig gemacht werden müsse. Wir sollen uns also wieder an Kriegsvorbereitung und Krieg gewöhnen. Deshalb auch die öffentlichen Gelöbnisse der Rekruten, wie am 18. November unter anderem in München. Auf dem Transparent des Verdi-Arbeitskreises „Aktiv gegen rechts“ auf der Kundgebung gegen dieses Militärspektakel stand: „Jubel für militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg“ (Kurt Tucholsky, 1927). ■*gr*

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine erholsame Zeit!
Die nächste Auf Draht erscheint am 28. Januar 2020.